



„Handaufhalten ist falsch!“

Die Beirats-Präsidentin von Transparency Austria sieht Ansätze zu einem Geisteswandel. Korruption müsse nicht erst durch die Justiz, sondern bereits in der schulischen Erziehung bekämpft werden.

Interview: Dietmar Dworschak

In welche Bereiche möchte Transparency International Licht bringen, Frau Magister Knötzl?

Knötzl: Es geht uns darum, in alle Bereiche des Wirtschaftslebens Transparenz zu bringen. Wir haben kürzlich einen aktuellen Forderungskatalog erstellt, der unter anderem Compliance-Management als verpflichtenden Standard für Interessenvertreter verlangt. Wir wünschen uns eine verstärkte Unterstützung der Arbeit zur Korruptionsvermeidung in Richtung Entwicklungszusammenarbeit, wir fordern Maßnahmen zur Verstärkung und Vertiefung des ethischen Denkens – für Verantwortliche in Politik, Wirtschaft und öffentlichem Dienst, aber auch in einem verpflichtenden Ethik-Unterricht in Schulen. Weitere Themen auf dem Forderungskatalog sind Gesundheit, Lobbyinggesetz, Parteiengesetz, Verbot staatlicher Finanzspekulation, Strafprozessreform, Gemeindetransparenz, Whistleblowing und Wirtschaftspolitik.

Ist das jetzt Zweckoptimismus oder sehen Sie am Rande der Korruptionsgewässer tatsächlich schon festes Land?

Knötzl: Ich glaube, wir stehen gerade an der Schwelle zu einem Geisteswandel. Was vor einigen Jahren noch als „steuerlich absetzbare, nützliche Aufwendung“ gesehen wurde löst mittlerweile Entsetzen aus.

Wer definiert eigentlich die Plätze auf dem „Korruptions-Index“ und wer sagt, dass Österreich hier derzeit Platz 26 einnimmt?

Knötzl: Das ist ein ausgeklügeltes, extrem komplexes Erhebungssystem, wobei es hier nicht darauf ankommt, was wirklich ist, sondern es geht um die Wahrnehmung (perception). Da werden Stakeholder verschiedener gesellschaftlicher Gruppen befragt. Anschließend rechnet man die geäußerten Werte zusammen und erhält eben die genannte Platzierung. Ein Abrutschen muss nicht bedeuten, dass ein Land korrupter geworden ist, es kann auch bedeuten, dass das Bewusstsein für Korruption gestiegen ist. Möglicherweise ist es aber auch der Ausdruck dessen, dass das Gefühl

gestiegen ist, die Justiz decke mehr Fälle auf als früher.

Stichwort Antikorruptions-Staatsanwaltschaft: Ist diese Behörde wirklich so toll? Was hat sie denn Großes aufgedeckt?

Knötzl: Sie sprechen da vielleicht die lange Dauer der Ermittlungsverfahren an.

Hier hat der Justizminister zuletzt ja mit der Begrenzung auf drei Jahre eine deutliche Maßnahme gesetzt. Ich glaube, dass die Justiz intensiv ermittelt und minutiös arbeitet, denken Sie an den Fall Strasser...

Das waren englische Journalisten!

Knötzl: ...denken Sie an Scheuch, Brinbacher, die Telekom-Affäre, Mensdorf-Pouilly ... Aus unserer Sicht hätte man gern noch mehr Ressourcen für die Anti-Korruptions-Arbeit. Meines Erachtens ist die Behörde jedenfalls gut unterwegs.

Wo sitzen in Österreich die Korruptions-Nester?

Knötzl: Noch immer ist die öffentliche Auftragsvergabe ein großes Thema. Wir von Transparency Österreich bemühen uns, hier auch auf die Seite der Industrie einzuwirken. Wenn man hier gemeinsam sagt: Wir geben nichts mehr, dann erledigt sich die Korruption. Es sind bekanntlich immer zwei, die da zusammenspielen.

Was wir brauchen, ist ein Geisteswandel: Der, der die Hand aufhält, muss wissen, dass er etwas Falsches tut.

Es beginnt ja bei der Baubewilligung für den kleinen Häuslbauer und zieht sich dann durch sämtliche Institutionen und Wirtschaftsbereiche.

Wir müssen mehr Bewusstsein dafür schaffen, dass hier insgesamt dem Staat und allen Steuerzahlern geschadet wird.

Mag. Bettina Knötzl ist Beiratspräsidentin von Transparency International, Austrian Chapter. Als Rechtsanwältin ist sie die einzige Equity Partnerin bei Wolf Theiss. Sie leitet das Dispute Resolution Team der Kanzlei mit Causen wie Bawag/PSK gegen Stadt Linz, Atrium gegen Meir Bank oder Insiderverdacht gegen Bierbrauer. 2014 löste Bettina Knötzl den langjährigen Transparency-Präsidenten Franz Fiedler ab.

„Es beginnt bei der Baubewilligung für den kleinen Häuslbauer und zieht sich dann durch sämtliche Institutionen und Wirtschaftsbereiche.“